

Themen aus dem Landtag (20. Tagung vom 06. März bis 08. März 2019)

Wir müssen Teil der Lösung werden!

Der Klimawandel ist nicht mehr zu stoppen. Und auch wenn sogar im schleswig-holsteinischen Landtag einige den Zusammenhang noch immer bestreiten, ist der Klimawandel menschengemacht. Es bleibt uns nur noch über, mit den bisherigen Folgen zu leben und den Klimawandel so weit es geht einzugrenzen. Um dies zu erreichen, fordert die SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag die Landesregierung in einem Antrag dazu auf, Klimaschutz als Staatsziel in unsere Landesverfassung aufzunehmen. Dazu erklärt der Fraktions- und Landesvorsitzende der SPD-Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner:

„Ein ungebremster Klimawandel hat desaströse Auswirkungen auf unsere Lebendgrundlage zur Folge. International sind sich Klimaforscher darüber einig, dass die globalen Klimaveränderungen und der damit einhergehende Temperaturanstieg durch die Menschen verursacht werden. Einem für uns alle so wichtigen Anliegen muss oberste Priorität eingeräumt werden. Das wird die größte Aufgabe sein, vor der wir alle, die wir heute Politik machen, stehen. Klimaschutz ist nicht bequem. Es wird nicht reichen, am einen oder anderen kleinen Schraubchen zu drehen und doch im Großen und Ganzen weiterzumachen wie bisher. Wir werden uns ändern müssen. Das Windrad mag CO2 einsparen, aber es ist eben auch eine Belastung, wirft Schatten, macht Geräusche. Und bei irgendjemandem in der Nachbarschaft wird es stehen müssen. Klimaschutz geht auch nicht schnell. Deutschland ist eine Industrienation, Strukturen sind über Jahrzehnte gewachsen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns entscheiden: Wollen wir die Hände in den Schoß legen oder den Kampf gegen den Klimawandel konsequent aufnehmen? Wenn wir uns für die zweite Variante entscheiden, ist schon jetzt klar, dass für unzählige landespolitische Entscheidungen in den kommenden Jahren Klimaschutz der Dreh- und Angelpunkt sein wird. Die Vorreiterrolle beim Klimaschutz täte dem ganzen Land gut. Denn die deutsche Debatte zum Klimaschutz ist oftmals reichlich schräg. Regelmäßig wird das Bild des deutschen Musterschülers gezeichnet. Ein Bild, das ziemlich falsch ist. Wir wären zwar das erste große Industrieland, das gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohleverstromung aussteigt, aber der Ist-Stand zeigt, dass der CO2-Ausstoß pro Kopf ernüchternd ist. Deutschland

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

erreicht weltweit den vierten Platz. Natürlich kann man an den Einzelnen appellieren: Esst weniger Fleisch, fahrt weniger Auto, verzichtet auf Flugreisen, bezieht Ökostrom – doch das sind nur Empfehlungen, die am Ende nicht genug sind. Willy Brandt wusste, dass demokratisches Bewusstsein nur in einer Gesellschaft gedeiht, in der freie Selbstbestimmung und gesellschaftliche Verpflichtung in allen relevanten Bereichen gelten. Also auch für den Klimaschutz! Es braucht strukturelle Veränderungen und diese Entscheidungen kann nur die Politik treffen. Klimaschutz ist auch eine soziale Frage. Gerade wir Sozialdemokraten wissen, dass der dringend notwendige ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft, der klimapolitische Strukturwandel eine neue Synthese von Arbeit und Umwelt bringen muss, wie Björn Engholm das schon vor 30 Jahren gefordert hat. Die Energiewende konsequent voranzutreiben ist notwendig, die Kosten dafür über die Stromrechnung oder die Benzinpreise einseitig bei den Verbrauchern abladen zu wollen, wäre jedoch ein fataler Irrweg. Klimaschutz klappt nur mit den Menschen, nicht gegen sie. Eine logische Konsequenz ist es, den Klimaschutz in unsere Verfassung zu schreiben.“



Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner:

<https://www.youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die Hälfte der Macht für Frauen!

Vor wenigen Tagen jährte sich die erste Rede einer Frau in der deutschen Nationalversammlung, die Rede der Sozialdemokratin Marie Juchacz, zum hundertsten Mal. Wir als Sozialdemokraten sind sehr stolz darauf, dass es unsere Genossinnen und Genossen waren, die das demokratische Menschenrecht gleicher Wahlen verwirklicht haben. Doch eine wirkliche Gleichverteilung der Stimmen im Parlament an Frauen und Männern ist immer noch nicht vorhanden. Um dies zu erreichen, stellten wir den Antrag „Geschlechterparität in allen Parlamenten und Volksvertretungen Deutschlands“ (Drucksache 19/1305). Der von uns gewählte Zeitpunkt zur Aussprache im Parlament konnte symbolträchtiger nicht sein: Es war der internationale Weltfrauentag am 8. März. Dazu erklärt der Sprecher für Wahlen der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Rother:

„Es ist zweifellos festzustellen, dass der Frauenanteil in den Parlamenten und auch anderen Vertretungskörperschaften deutlich geringer ist als der Anteil der Männer. Bei unserem Antrag geht es uns darum, eine offenkundig strukturelle bedingte Benachteiligung von Frauen zu beseitigen. Die Potentiale vieler qualifizierter und engagierter Frauen kommen zu wenig zum Tragen und das gilt für alle politischen Ebenen. Eine ausufernde Quotierung nach immer mehr Kriterien möchten wir dabei nicht verstärken. Das Grundgesetz hebt ausdrücklich hervor, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind. 1994 wurde zudem ergänzt, dass der Staat die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt. Eine weitere Ergänzung des Grundgesetzes beispielsweise nach französischem Vorbild, dass der gleiche Zugang von Männern und Frauen zu den Wahlmandaten- und -ämtern gefördert wird, ist möglich. Das würde uns auch von der lähmenden verfassungsrechtlichen Diskussion wegführen, die oftmals alle Gedanken an Parité-Gesetze zunichte macht. Eine Ergänzung des Grundgesetzes wäre wirklich die beste und sauberste Lösung. Unser Antrag soll helfen, diesen umständlichen rechtlichen Weg zu vermeiden und die politische Diskussion – und um die geht es – beispielweise in der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zu führen. Viele Länder der Europäischen Union haben so eine Regelung schon: Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Kroatien, Polen, Portugal, Slowenien und Spanien und es funktioniert! Die dortigen Quotenregelungen sind so vielfältig wie die Wahlsysteme. Daher haben wir mit unserem Antrag keinen verbindlichen Vorschlag gemacht. Es wäre leicht gewesen, das brandenburgische Gesetz abzuschreiben und das Anhörungsverfahren zu wiederholen. Dies würde uns in der Diskussion jedoch nicht weiter helfen. Eine lebendige Demokratie zeichnet sich dadurch aus, auf Veränderung oder Mängel in der Gesellschaft zu reagieren und ihre Verfahren und Institutionen weiterzuentwickeln. Die gleichberechtigte politische Teilhabe aller ist das Ziel – eine Paritätsregelung dafür ein wichtiger Schritt auf dem Weg.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Hier findest du die Rede von Thomas Rother:
<https://www.youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein>



Starke Frauen in der SPD-Fraktion: Von l. nach r.: Beate Raudies, Birgit Herdejürgen, Birgit Pauls, Serpil Miyatli, Kirsten Eickhoff-Weber, Sandra Redmann, Kerstin Metzner, Kathrin Wagner-Bockey

Schlechte Nachrichten für Mieter: Jamaika kassiert Mieterschutz ein!

*Mehr als die Hälfte aller Deutschen wohnt zur Miete. Das ist ein Spitzenwert in Europa. Entsprechend viele Menschen leiden darunter, dass die Mietpreise seit Jahren stark ansteigen. Vor allem in Ballungsräumen haben Mieter*innen mit Ängsten und hohen Wohnkosten zu kämpfen. Die Antwort von Daniel Günther auf diese Situation ist die Ankündigung, Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung noch in diesem Jahr abzuschaffen. Das zeigt, dass Jamaika das Problem entweder ignoriert oder es noch immer nicht verstanden hat. Wir haben einen Antrag („Keine Rolle rückwärts beim Mieterschutz!“, Drucksache 1304) in die erste März-Sitzung des Landtags eingebracht, der Mieter in ihren Rechten umfassend stärken soll. Dazu erklärt die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Özlem Ünsal:*

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

„Wohnungssuche kann inzwischen zum Horrortrip werden – auch in Schleswig-Holstein. Bezahlbare Mieten in nachgefragten Lagen sind Mangelware. Die gute Nachricht für Mieter: Die Bundesregierung hat bei der Mietpreisbremse nachgebessert. Die neue Regelung ist seit Beginn des Jahres in Kraft, schützt Mieter vor steigenden Mieten und stärkt den Mieterschutz. Die schlechte Nachricht: Ministerpräsident Daniel Günther hat angekündigt, die neue Mietpreisbremse noch in diesem Jahr abschaffen zu wollen. Die Pläne dieser Landesregierung sollte alle, die in Schleswig-Holstein zur Miete wohnen, aufhorchen lassen. Anstatt etwas Wirkungsvolles gegen die steigenden Mieten zu unternehmen, plant Jamaika offenbar, die bestehende Neuregelung wieder auszuhöhlen. Während die Bundesregierung hier längst viel weiter ist, kommt hierzulande eine Rolle rückwärts. Jede Forderung, diese wichtigen Rechte der Mieterinnen und Mieter wieder abzuschaffen, lehnen wir als SPD entschieden ab! Wohnen ist Grundrecht und kein Luxus. Die Landesregierung muss endlich Klarheit schaffen. Wir stellen zum Schutz der Mieter deshalb in einem Antrag mehrere Forderungen zugunsten bezahlbaren Wohnens. Zudem unterstützen wir die Ankündigung unserer Bundesministerin Katarina Barley, im Frühjahr 2019 einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, bei dem die Geltungsdauer der Mietpreisbremse verlängert werden soll. Bis die Neubaumaßnahmen greifen, die die Bundesregierung zur Entspannung des Wohnungsmarkts angekurbelt hat, und neuer, bezahlbarer Wohnraum fertiggestellt ist, ist die Mietpreisbremse unverzichtbar, um den Mietenanstieg in besonders angespannten Wohnungsmärkten zu verlangsamen.“

Hier kannst du dir die Rede von Özlem Ünsal nochmal ansehen:

<https://www.youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein>

Pflegekosten dürfen nicht zur Armutsfalle werden!

Hohe Pflegekosten können zu einer enormen Last werden. Die derzeitige Finanzierung von Pflege macht immer mehr Menschen zu Sozialhilfeempfängern und setzt sie und ihre Familien unwürdigen Prüfungen aus. Wir haben deshalb einen Antrag beschlossen, der eine Deckelung der Eigenanteile vorsieht (Drucksache 19/1309). Dazu erklärt die stv. Vorsitzende und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

„Viele Pflegebedürftige müssen immer mehr Geld aus eigener Tasche bezahlen, wenn sie Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Betroffene sind durch die steigenden Mehrkosten oft stark verunsichert. Durchschnittliche Eigenanteile von monatlich 1750 € und mehr übersteigen die durchschnittlichen Renten deutlich. Häufig kommen Betroffene – aber auch deren Angehörige – an ihre finanziellen Grenzen. Insbesondere Frauen sind

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



vom derzeitigen System stark betroffen. In vielen Fällen müssen sie ihre Arbeit aufgeben, weil sie sich den Heimplatz ihrer Eltern nicht mehr leisten können. Das derzeitige System macht immer mehr Menschen auf Umwegen zu Sozialhilfeempfängern und Pflegekosten werden zur Armutsfalle. Für uns ist die Frage, wie wir mit unseren älteren Bürgern umgehen, nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine des Respekts. Sie waren schließlich diejenigen, die den Wohlstand aufgebaut haben, in dem wir heute leben. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hält eine Nachbesserung für nicht notwendig. Wir sehen hier sehr dringenden Handlungsbedarf! Deshalb fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich im Bund für eine Deckelung des Eigenanteils für stationäre und ambulante Pflege einzusetzen. Ziel unserer Reformpolitik ist, dass das Pflegerisiko zukünftig genauso abgesichert wird wie die Leistungen aus der Krankenversicherung. Die Kosten der Leistungen von Grund- und Krankenpflege müssen solidarisch gesamtgesellschaftlich getragen werden.“

Hier geht`s zur Rede von BirtePauls:

<https://www.youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Liebe ist Liebe. Punkt.

– SERPIL MIDYATLI

Es geht um die Würde des Menschen. Diese wird durch die menschenverachtenden Methoden der sogenannten „Homoheiler“ zutiefst verletzt. Homosexualität ist keine Krankheit und bedarf keiner, wie das so absurd heißt, „Reparativtherapie“. Diese Methoden und Therapien sind verstörend und hinterlassen bei den Betroffenen tiefe seelische Wunden, extreme Verunsicherung und können zu Depressionen und Selbstmorden führen. Daher fordert die SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, zusammen mit den Fraktionen der Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, mit einem Antrag, jegliche Formen zur „Heilung“ von Homosexualität zu verbieten. Dazu erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

„Wir müssen Partei ergreifen für die Opfer solcher Praktiken, die nichts mit Wissenschaft und Gesundheitsvorsorge, sondern bestenfalls etwas mit Voodoo zu tun haben und die ihre Wurzeln in menschenfeindlichen Ideologien haben. Ideologien, welche homosexuelle Menschen in Gefängnissen und Konzentrationslagern Folterungen und Mord ausgesetzt haben. Wer heute noch so eine Ideologie vertritt, darf nicht als „Therapeut“ zugelassen werden; der gehört bestraft und weggesperrt. Die Bremische Bürgerschaft hat ein Verbot der pseudowissenschaftlichen Konversionstherapien schon beschlossen. Der Koalitionsvertrag in Hessen enthält auch eine Bundesratsinitiative zu ihrem Verbot. Das ist eine gute Ausgangsbasis für einen Beschluss im Bundesrat. Und ich denke, auch die anderen Bundesländer werden sich unserer Forderung anschließen. Außerdem werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns auf Bundesebene für ein schnelles Verbot einsetzen. Wir werden in diesem Parlament und in der Gesellschaft diese menschenverachtenden Methoden bekämpfen. Homophobie hat keinen Platz in Schleswig-Holstein. Was gibt es Schöneres als verliebt zu sein, zu lieben und geliebt zu sein? Egal, wen ich liebe. Denn Liebe ist Liebe. Punkt.“



Hier geht s zur Rede von Serpil Midyatli: <https://www.youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Attraktivität des ÖPNV/SPNV erhöhen!

Seit mehreren Wochen demonstrieren Schülerinnen und Schüler an mehreren Orten in diesem Land unter dem Leitmotto #fridaysforfuture für eine bessere Klimapolitik und den Klimaschutz. Auch Demos für den Klimaschutz im Bereich der Verkehrspolitik finden statt, so zum Beispiel in Berlin unter dem Motto „Verkehrswende jetzt! Statt mit Vollgas in die Klimakrise!“. Sie forderten einen besseren öffentlichen Nahverkehr. Auch Landespolitiker sind einmal mehr aufgefordert, hier in Schleswig-Holstein Initiativen zu ergreifen, die ebenfalls zum Klimaschutz beitragen können. Deshalb hat die SPD-Fraktion konkrete Vorschläge in den Landtag eingebracht, um die Attraktivität des ÖPNV zu stärken. Dazu erklärt Kai Vogel, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Es muss uns gelingen, so viele Menschen wie möglich vom Umstieg vom Auto auf den ÖPNV zu überzeugen. Dafür müssen wir das Angebot auf den bestehenden Strecken attraktiver gestalten. Seit 2004 fahren in Hamburg die S-Bahnen die ganze Nacht im 20-Minutentakt. Auf der Linie der S3 endet diese Fahrt dann allerdings nachts in der Station Elbgaustraße. Der Zug wartet hier, bis er 20 Minuten später wieder Richtung Innenstadt fährt. Hier wäre es problemlos möglich, dass diese wartenden S-Bahnen der S1, der S3 und der S21 bis nach Schleswig-Holstein weiterfahren. Dafür ist noch nicht einmal zusätzliches Personal oder zusätzliches Wagenmaterial erforderlich, weil die Züge jetzt bereits in Blankenese, in Eidelstedt oder in Bergedorf stehenbleiben um zu warten. Die Strecken der AKN bedürfen bei einer intensiveren Nutzung vermutlich zusätzliche Fahrzeuge. Deshalb fordern wir in unserem Antrag die Landesregierung auf, die genauen Kosten zu erheben. Die zusätzlichen Nutzungen der S-Bahnen bis nach Schleswig-Holstein und der AKN kosten weiteres Geld. Dieses ist allerdings seit 2016 mehr als genügend in den deutlich gestiegenen Regionalisierungsmitteln vorhanden. In MOIN.SH liegt zudem ein dreistelliger Millionenbetrag für Investitionen bereit.“

Hier kannst du dir die Rede von Kai Vogel ansehen:

<https://www.youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Stoppt die Plastikflut!

Die Meere werden immer weitreichender mit vom Menschen produzierten Plastikmüll verschmutzt. Neben den großen Plastikteilen existiert das sogenannte Mikro- und Nanoplastik, welches nun auch schon in Tieren nachgewiesen wurde. Dem entgegenzuwirken haben wir als SPD-Fraktion beschlossen, (Antrag: „Mikroplastikeinträge einschränken“ Drucksache 19/1308) die Verwendung von Mikroplastik deutlich einzuschränken und Mikroplastik speziell in Kosmetika zu verbieten. Dazu erklärt der SPD-Umweltpolitiker, Stefan Weber:

Wir fordern die Landesregierung auf, sich der Bundesratsinitiative der Länder Hamburg, Thüringen, Berlin und Bayern anzuschließen. Mit unserer Initiative wollen wir die generelle Verwendung von Mikroplastik einschränken und Mikroplastik in Kosmetika verbieten. Mikro- und Nanoplastik stellen eine große Gefahr für die Umwelt, insbesondere für die Binnengewässer und Meeresökosysteme, für Fische und letztlich auch für Menschen dar. Das Mikroplastik gelangt durch den Abrieb von Reifen, durch Textilien und andere Kunststoffartikel in die Umwelt. Mitursächlich dafür ist auch der Einsatz von Kunststoffmikropartikeln in Reinigungs-, Hygiene- und Kosmetikartikeln. Trotz einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Hersteller werden diese Stoffe nach wie vor eingesetzt. Dieser Einsatz muss vollständig beendet werden. Deutschland sollte, wie auch schon Großbritannien, Italien oder Schweden bei den Herstellern darauf hinwirken, ganz auf Mikroplastik zu verzichten.

Hier geht's zur Rede von Stefan Weber:

<https://www.youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de